

II-3160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1582 J

1981 -12- 10

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Marga HUBINEK, Dr. LICHAL
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Reisetätigkeit des Bundeskanzlers

Am Samstag, dem 5.12.1981, ist Bundeskanzler Dr. Kreisky zu einer Reise in die Arabischen Emirate aufgebrochen und ist dort u.a. auch mit PLO-Führer Arafat zusammengetroffen. Während der Abwesenheit des Regierungschefs wurde die Sichtvermerkspflicht für polnische Staatsangehörige wieder eingeführt. Anstatt sich dieses brennenden humanitären Problems anzunehmen, kümmerte sich der Bundeskanzler um das Nah-Ost-Problem. Die Lösung des Problems der Polenflüchtlinge erfordert nach Meinung der Anfragesteller dringendst geeignete Maßnahmen der Regierung. Abgesehen von der Verletzung aller humanitären Gesichtspunkte ist die Verhängung des Visumszwanges nicht geeignet, das Flüchtlingsproblem zu lösen. Außerdem ist diese Maßnahme geeignet, das Ansehen Österreichs als Asylland zu beeinträchtigen. Es wäre daher nach Ansicht der Anfragesteller dringlicher, nicht der Nahostfrage Priorität einzuräumen, sondern sich mit dem Flüchtlingsproblem zu beschäftigen und zu versuchen, die Bereitschaft der Nachbarländer zur Aufnahme von Polenflüchtlingen zu verstärken.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1. Welche Dringlichkeit war für die Reise in die Arabischen Emirate gegeben?*
- 2. Welche Priorität räumen Sie der Lösung des Polenflüchtlingsproblems in Österreich ein?*
- 3. Erscheint Ihnen diese Frage wichtiger als die Nahostfrage?*
- 4. Welche Verhandlungsergebnisse konnten mit Aufnahmeländern erzielt werden und welche Quoten von Polenflüchtlingen werden aufgenommen?*